

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version
Nachoperation '82

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1981) : Nachoperation '82, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 11, pp. 522-523

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135614>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Nachoperation '82

Es fällt schwer, den teils empörten, teils ratlosen, teils ironisch-bissigen, teils staatspolitisch-philosophischen Kritiken zum Bonner Haushaltstheater eine weitere hinzuzufügen. Dies um so mehr, als man den Hauptakteuren, dem Kanzler, dem Finanzminister und dem Wirtschaftsminister – alle drei versierte Ökonomen – durchaus bescheinigen kann, daß sie einen in der Grundlinie vernünftigen Kurs zu steuern versuchen. Wenn die Verantwortlichen gleichwohl an Glaubwürdigkeit verloren haben und sich die Öffentlichkeit von ihnen hinter das Licht geführt sieht, dann liegt dies nicht zuletzt daran, daß die Politiker nicht für genügend Aufklärung über die Ausgangslage, über die Probleme und über die Konzeption der anstehenden finanzpolitischen Entscheidungen sorgten. Kaum jemand durchschaute die verwirrende Vielfalt der in die Diskussion eingebrachten Haushaltsdaten. Mit welchem Maßstab sollte die geplante Nettokreditaufnahme von 26,5 Mrd. DM und das angestrebte Haushaltsvolumen von 240 Mrd. DM beurteilt werden? Welche Rolle spielte die der Haushaltsplanung zugrunde gelegte Entwicklung der Konjunktur und des Steueraufkommens? Worin bestanden die immer wieder neu quantifizierten Deckungslücken, und was hatte es mit dem Gewinn der Bundesbank auf sich, der wie ein Kaninchen aus dem Hut gezaubert wurde?

Zugegeben, die Aufklärung über die komplizierte Materie der Haushaltspolitik ist immer schwierig und wird gegenwärtig zusätzlich dadurch erschwert, daß für das Haushaltsjahr 1982 zwei scheinbar widersprüchliche Aufgaben zu erfüllen sind, nämlich die Verbesserung der mittelfristigen Rahmenbedingungen, wozu auch die Sanierung des Haushalts gehört, und die angemessene Reaktion auf eine konjunkturelle Schwäche. Bei der „Operation '82“ geht es – wenn man im medizinischen Bild bleiben will – einmal um die Heilung einer chronischen Krankheit und zum anderen um das Kurieren einer akuten Erkältung. Daß die Verantwortlichen diese Doppelaufgabe im Sommer nicht deutlich gemacht haben, hat sich nun im Herbst gerächt.

Dabei gab es in der Vergangenheit durchaus vergleichbare Situationen, aus denen man hätte lernen können, wie man der Öffentlichkeit eine so komplizierte Aufgabe präsentiert. Während der Rezession 1966/67 zum Beispiel machte Wirtschaftsminister Schiller die Doppelaufgabe dadurch plastisch, daß er den Bundeshaushalt unterschied in einen Normalhaushalt, in dem konsolidiert und eisern gespart werden mußte, und in einen Konjunkturhaushalt, in dem expansive Beschäftigungsprogramme eingesetzt werden durften. Die Überwindung der Rezession war nicht nur den Konjunkturprogrammen zu verdanken, sondern auch den energischen Sanierungsmaßnahmen der großen Koalition, die Vertrauen schufen, daß die Defizite vorübergehen würden.

Natürlich können derartige Modelle nicht unverändert auf die heutige Situation übertragen werden. Der Glaube an die Wirksamkeit von Ausgabenprogrammen, die mit zusätzlichen Schulden finanziert werden, ist nahezu überall geschwunden. Zu befürchten ist, daß sie sogar kontraproduktiv wirken, weil sie wegen des bereits erreichten Ausmaßes der Staatsverschuldung in der heimischen Wirtschaft oder im Ausland nicht Vertrauen bilden, sondern

Vertrauen zerstören. Sie würden die private Investitionsneigung nicht anregen, sondern dämpfen und nicht zuletzt den Spielraum für Zinssenkungen wieder einengen, auf die es jetzt besonders ankommt. Um noch einmal das medizinische Bild zu strapazieren: das Kurieren der akuten Erkältung gefährdet die Heilung der chronischen Krankheit. Unter diesen Bedingungen ist die Therapie der chronischen Krankheit, also die Reduktion der staatlichen Neuverschuldung, nicht nur das Gebot der Zukunft, sondern auch das Gebot der Stunde.

Die Absage an eine antizyklische Finanzpolitik bedeutet aber nicht die Propagierung eines prozyklischen Kurses. Nach wie vor ist es ein gravierender Unterschied, ob Haushaltsdefizite struktureller oder konjunktureller Natur sind, ob sie die Folge einer zu starken Beanspruchung der volkswirtschaftlichen Ressourcen durch den Staat oder von staatlicher Mißwirtschaft sind oder ob sie die Folge von konjunkturbedingten Steuerausfällen oder Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit sind. Will man sich bei der Planung des Haushalts 1982 vor allem auf die mittelfristige Aufgabe konzentrieren, das heißt durch Reduktion des strukturellen Defizits den Einstieg in ein mehrere Jahre durchzuhaltendes Konsolidierungskonzept vorbereiten, dann muß man zunächst von den konjunkturbedingten Steuerausfällen und Mehrausgaben für die Arbeitslosigkeit absehen. Dies erreicht man, indem man den Haushaltsplanungen nicht die voraussichtliche Konjunktorentwicklung zugrunde legt, sondern zunächst einmal unterstellt, die Konjunktur werde sich nicht ändern, das heißt, das reale Sozialprodukt werde so stark wie das Produktionspotential zunehmen, also um 2 % bis 3 %.

Die Bundesregierung ist deswegen keineswegs dafür zu tadeln, daß sie den Haushaltsberatungen im Sommer ein Wachstum des Sozialprodukts um 2,5 % zugrunde legte. Nur wenn konjunkturelle Verzerrungen ausgeschaltet sind, macht es Sinn, bestimmte Zielgrößen für das Haushaltsvolumen und für die Nettokreditaufnahme des Jahres 1982 vorzugeben, um einen Anhaltspunkt dafür zu haben, inwieweit an den zu erwartenden Ausgaben Abstriche vorzunehmen sind oder inwieweit die Deckungslücken durch Steuer- und Beitragssatzerhöhungen geschlossen werden sollten. Es war auch sinnvoll, nicht den voraussichtlich für 1982 zu erwartenden Gewinn der Bundesbank als Einnahme einzukalkulieren, sondern nur in der Höhe, in der er auf Dauer bei „normaler“ Zins- und Wechselkursentwicklung zu erwarten ist. Dies ist wesentlich weniger als die 6,1 Mrd. DM, die der Bundesfinanzminister zunächst eingesetzt hatte. Die Entscheidungen, die im Rahmen der „Operation '82“ auf dieser Basis getroffen wurden, legten nur den „Normalhaushalt“ des Jahres 1982 fest. Die Bundesregierung hätte danach allerdings sagen müssen, daß es neben den strukturellen Komponenten des Haushalts noch eine konjunkturelle Komponente gibt, daß der verabschiedete „Normalhaushalt“ noch durch einen „Konjunkturhaushalt“ zu ergänzen ist, falls die Konjunktur sich anders als dem Haushalt zugrunde gelegt entwickelt. Im Unterschied zu Schiller besteht dieser Konjunkturhaushalt allerdings nicht aus Konjunkturprogrammen, sondern aus den konjunkturbedingten Steuerausfällen und Mehrausgaben, denen allerdings der Überschuß des Bundesbankgewinns über das Normalniveau gegenzurechnen ist. Niemand hätte der Bundesregierung einen Vorwurf machen können, wenn sie sich angesichts der Prognoserisiken außerstande erklärt hätte, den Konjunkturhaushalt zu quantifizieren. Sie hätte nur zu erklären brauchen, daß ein Überschuß im Konjunkturhaushalt die im Normalhaushalt zugrunde gelegte Nettokreditaufnahme in Höhe von 26,5 Mrd. DM mindert und ein Defizit im Konjunkturhaushalt sie erhöht.

Eine solche Unterscheidung der Haushalte hätte der Bundesregierung vermutlich nicht nur erspart, daß sie für Prognoseirrtümer verantwortlich gemacht wurde, sondern sie hätte es ihr auch erleichtert, die Auseinandersetzung um die Haushaltspolitik 1982 auf das Wesentliche zu konzentrieren. Es ist schwer erklärlich, warum sich die Bundesregierung statt dessen ohne Vorbehalt auf eine Obergrenze für die Nettokreditaufnahme festgelegt hat, obwohl zumindest ihre Experten genau wissen, auf welchem schwankendem Boden Konjunkturprognosen stehen. Möglicherweise hält man es von vornherein für aussichtslos, das Publikum davon überzeugen zu können, daß nur strukturelle, nicht aber konjunkturelle Defizite Mißtrauen in die Staatsfinanzen begründen. Es gibt jedoch ein wirksames Mittel, Gelassenheit gegenüber konjunkturellen Defiziten zu erzeugen: nämlich eine überzeugende, auch gegen Widerstände durchgesetzte Lösung der strukturellen Haushaltsprobleme.